

NIEDERSCHRIFT  Stadt Karlsruhe	Gremium:	33. Plenarsitzung <b>Gemeinderat</b>
	Termin:	13. Dezember 2016, 15:30 Uhr
		Öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

17.

### **Punkt 16 der Tagesordnung: Reform Bonusprogramm**

**Vorlage: 2016/0744**

**dazu:**

**Änderungsantrag der Stadträte Stefan Schmitt (pl), Jürgen Wenzel (FW), Friedemann Kalmbach und Eduardo Mossuto (GfK) vom 13. Dezember 2016**

**Vorlage: 2016/0791**

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Hauptausschuss die Neufassung der „Richtlinien zum Bonusprogramm Energetische Sanierung im Privatbereich“ gemäß Anlage 1 und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Bei 37 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen zugestimmt

Änderungsantrag Ziffer 1: 7 Ja-Stimmen, 35 Nein-Stimmen

Änderungsantrag Ziffer 2: 5 Ja-Stimmen, 36-Nein-Stimmen

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 16 zur Beratung auf, verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss sowie die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

**Stadträtin Mayer (GRÜNE):** Wenn wir über Klimaschutzmaßnahmen reden, ist es wichtig, sich immer wieder ins Bewusstsein zu rufen, in kaum einem anderen Bereich als unseren Altbauten lässt sich so viel Energie und auch so viel Geld einsparen. Kaum eine andere Maßnahme rechnet sich so schnell, wie die energetische Sanierung. Unser Bonusprogramm für die energetische Sanierung im Privatbereich, das diese Sanierung fördern möchte, wird sehr gut angenommen. Die Kehrseite dieses Erfolges ist, dass am Ende des Jahres nicht mehr genug Geld da ist, um alle Leute, die einen Antrag stellen, dann auch zu fördern. Wenn wir möchten, dass es eine Anreizwirkung gibt und wenn wir möchten, dass unser Programm zuverlässig beworben wird, dann brauchen wir auch ein zuverlässiges Programm. Leute, die am Jahresende einen Antrag stellen, fühlen

sich veräppelt, wenn dann nichts mehr an Geld übrig ist. Darunter leidet letztendlich auch die Reputation unseres Bonusprogramms.

Deswegen begrüßen wir die Änderung sehr, die Beträge etwas kleiner zu halten und dafür auf das ganze Jahr auszudehnen. Was wir sehr gut finden, ist, dass bei den Energieausweisen nicht gekürzt werden soll. Das ist uns wichtig, weil hier eine Bewusstseinsbildung unterstützt wird. Da sollte dann auch der volle Betrag ausbezahlt werden, der derzeit schon besteht. Was uns auch sehr wichtig ist, an dieser Stelle schon zu sagen, wenn so ein Anreizprogramm noch weiter die einzelnen Maßnahmen kürzt im Sinne von weniger Unterstützung, dann verliert dieses Programm irgendwann seine Wirkung. Wir finden diesen Betrag jetzt gut, wollen aber in Zukunft nicht weiter heruntergehen, sondern möchten schauen, wie weiter auch Anträge gestellt werden. Wir hoffen natürlich, dass in der Stadt sich mehr Leute dazu entschließen, ihr Haus oder ihre Wohnung energetisch zu sanieren. Dann möchten wir entsprechend auch wieder nachregulieren, wenn der Bedarf besteht.

**Stadtrat Maier (CDU):** Wieder einmal zeigt Karlsruhe, dass es immer einen Schritt voraus ist. Aus unserer Sicht hat sich bereits in den Vorberatungen gezeigt, dass Karlsruhe hier einen ambitionierten Weg geht, dass es gut angenommen wird, dass es gut investiertes Geld ist. Anpassungen sind von Zeit zu Zeit notwendig. Ich denke, diesen Anpassungen sind gut, gehen in die richtige Richtung. Wir stimmen der Vorlage zu.

**Stadtrat Dr. Fechler (SPD):** Das Programm ist ein Erfolgsprogramm, ein weiterer Baustein, um die Klimaziele, die wir uns gesetzt haben, zu erreichen. Die Veränderung der Förderung ist moderat. Es stellt weiterhin trotz der reduzierten Höhe einen Anreiz dar, entsprechende Maßnahmen umzusetzen. Von daher stimmt unsere Fraktion der Vorlage zu.

**Stadtrat Wohlfel (KULT):** Wie wir schon erfahren haben, wird das Programm so gut angenommen, dass auch Mittel aus dem Schallschutzprogramm, was im Haushalt ein Topf ist, da hinein geflossen sind in den letzten Jahren. Vor dem Hintergrund möchte ich kurz nachfragen, wie ist denn die Auslastung beim Schallschutzprogramm, weil wir dann quasi in Konkurrenz stehen. Ansonsten ist es so, dass eigentlich aus unserer Sicht der bevorzugte Schritt gewesen wäre, im Doppelhaushalt die Größe des Topfs an den Bedarf anzupassen, um quasi die Förderung auf der bisherigen Höhe zu halten. Das steht natürlich in Konkurrenz zum Haushaltsstabilisierungsprozess, wo wir an vielen Stellen sparen mussten. Da ist es auch richtig, dass wir an dieser Stelle auf eine Erhöhung verzichten und jetzt die Förderhöhen anpassen. Wir haben ein bisschen Bauchschmerzen damit. Wir sind auf jeden Fall auch dagegen, dass in Zukunft die Förderhöhen weiter gesenkt werden. Aber wir werden heute zustimmen.

Zum Änderungsantrag muss ich leider sagen, dass wir die Verwaltungsvorlage als richtig ansehen, dass man das aus Eigenleistungen nicht unbedingt so machen kann. Auch wenn ich selbst schon an energetischen Sanierungen mitgewirkt habe bei den Pfadfindern, denke ich nicht, dass das wirklich die Maßnahmen sind, bei denen es die Beträge gibt, ab denen wir hier fördern. Von daher denke ich, dass wir dem Änderungsantrag nicht zustimmen werden.

**Stadtrat Schmitt (pl):** Ich gehe davon aus, dass ich unseren Änderungsantrag gleich begründen kann. Diesen Änderungsantrag hatte ich vor zwei Jahren schon einmal gestellt. Damals ging es darum, die Dämmung von Außenfassaden mit Styropor aus Brandschutzgründen nicht mehr zu fördern. Heute geht es in dem Antrag zusätzlich darum, in Zukunft Dämmmaßnahmen, die in Eigenarbeit durchgeführt werden, in das Bonusprogramm aufzunehmen. Für handwerklich begabte Menschen ist es keine Problem, viele der für die Verbesserung des Wärmeschutzes erforderlichen Arbeiten selbst auszuführen. Aus unserer Sicht spricht dagegen nichts, wenn die Arbeiten nach Vorgabe eines Energieberaters ausgeführt und nach Beendigung von diesem abgenommen werden. Diese Möglichkeit würde vielen Menschen, die sich keine teure Firma leisten können, einen Anreiz geben, selbst aktiv zu werden.

Dass Geld beim Dämmen eine große Rolle spielt, haben mir beispielsweise die GRÜNEN in ihrer Mail vom 25.11. d. J. bestätigt. Ich zitiere: Aus energetischer Sicht ist kostengünstiges Polystyrol – also Styropor – für viele die einzig realistische Investitionsmöglichkeit, um ihre Immobilie zu dämmen. Eine Nichtförderung von Polystyrol halten wir deshalb weiterhin für falsch. Zitat Ende.

Damit bin ich bei Punkt 2 unseres Antrags. Begründet wurde diese Aussage auch damit, dass das seit dem letzten Jahr hergestellte neue Styropor nun nicht mehr giftig wäre. Dazu muss man wissen, dass auch das neue Styropor aus Brandschutzgründen Brom enthält und genauso brandgefährlich ist wie sein Vorgänger. An der Argumentation der GRÜNEN stören mich zwei Punkte. Zum einen ist es heute noch gar nicht möglich, etwas über die gesundheitlichen Wirkungen und das Verhalten von Abbauprodukten des neuen, Polymer-FR genannten Styropors zu sagen. Deshalb hat auch das Umweltbundesamt bei der Zulassung des Materials in 2014 keine Unbedenklichkeitsbescheinigung dafür ausgestellt. Diese hätte die Dämmstoffindustrie gerne gehabt.

Zum Zweiten kann doch etwas nicht nur deshalb gut sein, weil es billig ist. Diese Argumentation ist doch ein Schlag ins Gesicht all derer, die sich immer für eine nachhaltige Lebensweise eingesetzt haben. Denn am Ende ist gerade das billige oft zu teuer. Allerdings spielt Styropor bei der von Frau Merkel nach Fukushima in 2011 propagierten Energiewende eine ganz große Rolle. Ziel ist die drastische Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Was dabei bisher für Deutschland bewirkt wurde, werde ich nun an einigen wenigen Zahlen demonstrieren.

Von 1990 – 2009 sind die energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland permanent zurückgegangen, nämlich von 989.000 Kilotonnen in 1990 auf 745.000 Kilotonnen in 2009. Nach Einleitung der sogenannten Energiewende haben sich diese Werte dann plötzlich wieder verschlechtert. Ich bin mir sicher, werte Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, dass gerade Sie diese Zahlen ganz genau kennen, und dass gerade Sie das gar nicht gerne hören werden, was ich jetzt vorlesen werde. Aber ich tue es trotzdem. All diejenigen, die bisher an diese Energiewende geglaubt haben, sollten nun sehr gut zuhören. Es sind Daten, die vom Umweltbundesamt veröffentlicht wurden, aber in den Medien nicht zu hören sind.

Die Daten sind vom 3. Quartal 2016 und vom 1. Quartal 2016. Wie gesagt, vom Umweltbundesamt und nicht von unserem Kollegen Dr. Paul Schmidt. 2009, wie schon

gesagt, 745.000 Kilotonnen CO<sub>2</sub>-Ausstoß. In 2010 ein Anstieg auf 784.000 Kilotonnen, in 2011 eine Senkung auf 763.000 Kilotonnen, in 2012 ein Anstieg auf 769.000 Kilotonnen, in 2013 ein weiterer Anstieg auf 788.000 Kilotonnen, 2014 ein Rückgang auf 745.000 Kilotonnen und für 2015 werden 750.000 Kilotonnen CO<sub>2</sub> prognostiziert. Das heißt also, nach fünf Jahren Energiewende sind wir heute schlechter als in 2009, und das trotz der inzwischen weltweit größten Kapazität an Photovoltaikanlagen, trotz dem inzwischen weltweit höchsten Anteil von Windstrom an der Gesamtenergieversorgung, trotz dem in Deutschland flächendeckend ausgebrochenen Dämmwahn und trotz dem vieltausendfachen Einsatz energiesparenden Brennwertanlagen. Die bittere Wahrheit dabei ist, für die Umwelt und das Klima wurde mit all diesen Maßnahmen im Vergleich zu den Vorjahren vor 2009 exakt nichts bewirkt. Das Ganze hat unglaublich viel Geld gekostet. Der Effekt ist 0,0.

Dafür gibt es Gründe. Ein Grund ist, dass in diesen sieben Jahren trotz des drastischen Ausbaus von Photovoltaik ...

**(Der Vorsitzende:** Herr Stadtrat Schmitt, ich würde Sie bitten, zum Thema des Änderungsantrags oder der Vorlage zurückzukehren!)

- Natürlich!

... und immer neue Kohlekraftwerke ans Netz gegangen sind. Dagegen wurden umweltfreundliche und moderne Gaskraftwerke stillgelegt, da sie im aktuellen Strommix aus konventioneller und regenerativer Energie unrentabel geworden sind. Dass gerade die modernsten und umweltfreundlichen Kraftwerke nicht mehr rentabel sind, ist ein Beweis dafür, wie undurchdacht und sinnfrei diese sogenannte Energiewende ist.

Der andere Grund ist der – jetzt komme ich wieder zum Thema -, dass die offensichtlich ökologische Gesamtbilanz dieser Energiesparmaßnahmen negativ ist. Da muss man sich fragen, warum ist das so. Darauf gibt es eine Antwort, die vor allem die GRÜNEN überraschen wird. Den Atombetreibern wurde immer vorgeworfen, dass sie die Entsorgung des Atom Mülls, der bei der Atomverstromung entsteht, nicht interessiert. Insbesondere von den GRÜNEN kam dieser Vorwurf. Aber Sie, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, denken doch heute genauso. Sie interessiert es doch heute nicht, was am Ende mit dem hochbrennbaren Sondermüll Styropor passiert. Dass die Millionen von Kubikmetern Styropor keine 40 Jahre am Bau halten, sondern oft nicht einmal 10 Jahre, und dann am Ende verbrannt werden müssen und nicht recycelt werden können, das lässt die Gesamtbilanz dieses Materials geradezu desaströs werden. Genauso wie die Atomfans damals der Atomlobby geglaubt haben, machen Sie sich heute zum unkritischen Büttel einer Dämmstoffindustrie, die es auch heute nicht interessiert, wie der Müll, den sie produziert, am Ende entsorgt wird. Heute argumentieren Sie schon genauso wie damals die Bundesregierung mit all ihren Atomlobbyisten, die wir – ich sage wir, weil ich damals auch ein GRÜNER war – mit allen Mitteln bekämpft haben.

Heute steht in Ihrer Mail, wer in einem Haus mit hbcd-haltigen Dämmplatten wohnt, muss nach heutigem Kenntnisstand bei fachgerechter Anwendung keine negativen Effekte auf seine Gesundheit befürchten.

Als Fazit lässt sich festhalten, bei der Entsorgung alter Dämmmaterialien ist Vorsicht geboten, da hier Risiken bestehen, die nicht verharmlost werden dürfen. Für neue Dämmstoffe besteht nach aktuellem Forschungsstand dieses Risiko nicht. – Zitat Ende. Nach aktuellem Forschungsstand besteht also kein Risiko. Da können Sie auch gleich sagen, es gibt zwar ein Restrisiko, aber die Wahrscheinlichkeit, dass es eintritt, halten wir für sehr gering. Der Satz käme mir dann sehr bekannt vor. Insofern kann ich nur dafür werben, dass wenigstens die Dämmung von Außenfassaden mit Styropor in Karlsruhe ab sofort nicht mehr gefördert wird. Wenn die Verwaltung der Meinung ist, dass man den gesetzlichen Richtlinien folgen sollte, sind wir der Meinung, das Bonusprogramm ist eine freiwillige Leistung. Da kann die Stadt selbst entscheiden, was sie fördert und was nicht. Wir schlagen vor, über die beiden Antragspunkte getrennt abzustimmen.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Zunächst möchte ich meinem Vorredner dafür danken, dass er den Mut hatte, all die Zahlen zu nennen, die ich bisher hier nicht genannt habe. Letztendlich bestätigt es unsere bisherige Haltung, unsere bisherige Äußerung zu dem Thema, dass nämlich damit überhaupt nichts erreicht wird. Die Energiewende hat nicht dazu beigetragen, dass CO<sub>2</sub> eingespart wird. All diese Bemühungen zur Dämmung haben auch nicht dazu beigetragen. Deswegen ist es schlecht ausgegebenes Geld, weil es letztendlich nichts bringt. Es bringt nichts, außer einer Sache. Das erkennt man auch aus der Antwort der Verwaltung auf den Änderungsantrag der Kollegen, nämlich dass Eigenleistung nicht förderfähig ist. Hier geht es nämlich gar nicht darum, Dämmung anzubringen, denn dann wäre egal, wie sie angebracht wird. Nein, es geht hier darum, die örtlichen Betriebe zu stärken, den Umsatz der örtlichen Betriebe anzuheben. Darum geht es in diesem Antrag. Diese geringen Unterstützungsmaßnahmen sorgen dafür, dass letztendlich mehr Geschäft generiert wird für die Betriebe hier vor Ort.

Wenn es den GRÜNEN oder der Stadtverwaltung wirklich darum ginge, hier Dämmung anzubringen, dann müsste doch egal sein, wie es passiert. Dann wäre nur das Ergebnis wichtig. Aber nein, die Unterstützung kommt nur, wenn die örtlichen Betriebe damit beauftragt werden. Es führt letztendlich dazu, dass diese Leistungen in Karlsruhe auch teurer sind als im Umland. Das heißt mit anderen Worten, der Verbraucher hat davon sehr wenig. Selbst wenn er sich dazu entscheidet, seine Fassade zu dämmen. Das, was er als Zuschuss bekommt, ist letztendlich im Preis schon drin. Deswegen sind wir der Meinung, dass die Stadt sich diese Ausgaben sparen kann, weil sie letztendlich keinen Effekt haben, außer den örtlichen Betrieben unter die Arme zu greifen.

**Stadträtin Mayer (GRÜNE):** Ich möchte jetzt wirklich nicht mehr auf diese Argumentationen eingehen. Ich möchte einfach noch einmal an der Stelle betonen, dass ich es enorm schwierig finde, dauernd irgendwelche Zitate aus dem Zusammenhang zu reißen, das zum Ersten, und zum Zweiten, irgendwelche Fakten aus dem Zusammenhang zu reißen. Wenn man solche Dinge anbringt, wie die Entwicklung der CO<sub>2</sub>-Emission, dann sollte man die doch bitte im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang sehen. Wenn man dann sagt, im Jahr 2008 während der Finanzkrise hatten wir andere Investitionen, dann ist es doch ganz klar, weil die wirtschaftliche Entwicklung da allgemein eingebrochen ist. CO<sub>2</sub>-Emissionen und die wirtschaftliche Entwicklung sind nun einmal gekoppelt. Das sollte man so sehen und hier nicht dauernd Worte und Fakten irgendwie hineinbringen, die überhaupt nichts mit der tatsächlichen Debatte zu tun haben.

**Der Vorsitzende:** Ich möchte nur darauf hinweisen, dass alle, die an dem Programm teilnehmen, natürlich auch Handwerksbetriebe aus dem Umland engagieren können und nicht nur die, die direkt vor Ort sind. Dieses Stadt-Umland-Gefälle hat hier mit dem, worum es uns geht, erst einmal nichts zu tun. Ich möchte noch einmal beim Thema Eigenleistungen darauf hinweisen, dass wenn Eigenleistungen förderfähig sind, rechnet Ihnen jeder vor, wie viele Stunden er selber da gearbeitet hat und möchte dann auch entsprechende Handwerksstundenpreise ausgezahlt bekommen. Da kommen wir in Teufels Küche, wenn wir uns auf so etwas einlassen. Ich kenne das aus dem Vereinsrecht, wo Sie möglicherweise Eigenleistungen auch bei Förderanträgen einrechnen können. Das ist manchmal eine hochdiffizile Sache. Ich könnte Ihnen noch mehr Gründe aufzählen, warum die Stellung der Verwaltung an dieser Stelle nur so ausfallen kann, wie sie eben ausfällt.

Es gab jetzt noch eine Wortmeldung.

**Stadtrat Schmitt (pl):** Nur zwei Anmerkungen. Eine Anmerkung zu den Bemerkungen der Kollegin Mayer. Die wirtschaftlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen sind in meinen Zahlen nicht enthalten gewesen. Nur soviel dazu, d. h., Sie kennen die Zahlen doch nicht. Das erstaunt mich insofern sehr.

Zum Zweiten. Der Vorschlag, Eigenleistung zu fördern, resultiert aus dem zweiten Passus, der hier hinzugefügt wurde, dass die Nichtförderung von Eigenleistungen sich auf das Material bezieht. Ich denke, das Mindeste, was man erwarten könnte, dann kommt man auch nicht in die Bredouille, die Sie, Herr Oberbürgermeister, gerade beschrieben haben mit den Arbeitsstunden, dass man dann wenigstens das Material bezuschusst, das die Leute für die Dämmung ihrer Häuser einsetzen.

**Der Vorsitzende:** Wir kommen zur Abstimmung. Ich beginne mit dem Änderungsantrag. Hier war der Wunsch nach der getrennten Abstimmung der beiden Ziffern. Ich rufe damit auf die Ziffer 1 des gemeinsamen Änderungsantrags der schon mehrfach genannten Stadtratskollegen. Hier geht es um das Thema Eigenleistung. Ich bitte um den Knopfdruck ab jetzt. – Das ist eine überwiegende Ablehnung.

Wir kommen zur Ziffer 2. Hier geht es um den Passus mit dem Polystyrol und anderen ölhaltigen Materialien. Ich bitte um die Abstimmung ab jetzt.

Herr Wohlfeil, wenn Sie sich melden, weil Sie auf die Antwort warten. Die würden wir Ihnen schriftlich nachreichen. Denn die genaue Zahl haben wir jetzt auch nicht parat. Aber wir schlagen es vor, weil es hier immer auch nicht belegte Mittel gibt. Aber die genaue Zahl bekommen Sie noch.

- Hier haben wir auch eine überwiegende Ablehnung.

Damit kommen wir zur Beschlussvorlage der Verwaltung in unveränderter Form. Ich bitte um die Abstimmung. – Das ist eine deutliche Mehrheit. Damit ist die Beschlussvorlage angenommen.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –  
9. Januar 2017